

Sozialdienst nennt Praktiken menschenunwürdig

Paritätischer Wohlfahrtsverband will Gesetzesänderung für psychisch kranke Menschen

Von PETER HEUCHEMER

BONN. „Menschenunwürdig“ – mit diesem harten Wort beschreibt Beate Hartmann die Praktiken, mit denen das Gesundheitssystem psychisch kranke Menschen diskriminiere. Hartmann ist Leiterin der sozialen Einrichtung „Kontaktbrücke 64“, die psychisch kranke Menschen in Bonn betreut. Zustimmung erfährt sie von Gerhard Nietgen, dem Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der die Öffentlichkeit gestern in der Geschäftsstelle in Kessenich anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl auf

die Missstände aufmerksam machen wollte.

Was war geschehen? Eigentlich ist im Sozialgesetzbuch geregelt, dass jeder Versicherte Anspruch auf eine notwendige Krankenbehandlung hat“, zitiert Hartmann aus dem Gesetz. Aufgrund einer Richtlinienänderung aus dem Jahr 2005 über die Verordnung zur häuslichen Krankenpflege sei dieser Anspruch für psychisch Kranke jedoch nicht mehr gegeben. „Es wurde festgelegt, dass das medizinische Behandlungsziel innerhalb von vier Monaten zu erreichen ist“, erklärt Nietgen. Nach dieser Zeit werde die Betreuungs-

leistung ersatzlos abgebrochen. „Die Patienten sind meist jedoch chronisch Kranke, die

» Häusliche Betreuung ist der beste Weg, den Krankheitsverlauf positiv zu beeinflussen. «

HERIBERT GESCHWIND
Pfleger

eine längere Behandlung benötigen.“

Die Folge: Die erarbeitete Tages- und Lebensstruktur gehe verloren, Ängste nähmen

wieder zu, Krisen und Klinikaufenthalte drohten. In Folge der Richtlinie sei es zudem vielfach zu Fällen gekommen, in denen Krankenkassen bereits bei der Antragstellung die Pflegemaßnahmen völlig ablehnten, da das Behandlungsziel in vier Monaten nicht zu erreichen sei, wie die Psychologin und Ärztekammervertreterin Marie-Ursel Raethel-Keller berichtete.

Sauer sind die Vertreter der sozialen Dienste vor allem darüber, dass auf so „massive Weise in ein funktionierendes System“ eingegriffen worden sei. „Psychisch Kranke leben oft in der Isolation. Eine Be-

treuung im häuslichen Umfeld ist da der beste Weg, die sozialen Fähigkeiten der Betroffenen zu stärken und ihren Krankheitsverlauf positiv zu beeinflussen“, erklärt Heribert Geschwind, der in der Pflege tätig ist. „Dieser persönliche Kontakt führt nachweislich dazu, dass teure Klinikaufenthalte und hohe Medikamentendosen vermieden werden können.“ Somit könne man vonseiten der Krankenkassen nicht mit Kostengründen argumentieren. Die Beteiligten hoffen nun auf die Bonner Bundestagskandidaten, mit denen sie sich am 22. September treffen wollen.

RBO06V/H

Bonner Kurier 18.8.09

Auch für Wohngeldempfänger ist ein Leben auf dem Campingplatz kein Problem. „Wohngeld bekommen sie auch auf dem Campingplatz, vorausgesetzt sie haben einen gemeldeten Wohnsitz dort“, erklärt Heike Heller, eine Sprecherin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. In Lohmar gibt es damit aber derzeit Probleme: Die Stadt steht den Zuwachs an Mietern in Wohnern kritisch und

